

FWG-Fraktion

An
Herrn Bürgermeister
Josef Uphoff
Schürenstraße 17
48336 Sassenberg

Stadt Sassenberg	
Eing. 13. Aug. 2018	
Amt	Anl.

20



Sassenberg, den 11.08.2018

Haushaltsentwurf 2018

Anlage: FOCUS Bericht vom 27.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die FWG stellt nachfolgenden Antrag zur Beratung in den zuständigen Gremien.

Die Stadt Sassenberg sollte die Haushaltsberatung für das neue Jahr vom Anfang des neuen Jahres auf das Ende des alten Jahres – sprich: rund 2 Monate früher als gehabt – vorverlegen.

Begründung :

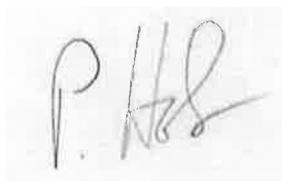
In der Vergangenheit wird es unserer Auffassung nach immer schwieriger Handwerker für unsere Bauvorhaben (zu angemessenen Preisen) – siehe Projekte wie z.B. Kleinfeld Grundschule Füchtorf / Turnhalle Füchtorf - zu gewinnen.

Durch die Vorverlegung der Haushaltsberatungen würde der Haushalt des neuen Jahres sofort am Anfang des Jahres fertig sein. Man würde sich damit einen entscheidenden Zeitvorteil auf dem Vergabemarkt gegenüber anderer Auftraggebern / Kommunen verschaffen, bevor die Auftragsbücher der Handwerker voll sind.

Wir sind der Auffassung, dass wir den aktuellen Entwicklungen am Arbeits- und Vergabemarkt Rechnung tragen müssen und alte, lieb gewonnene Zöpfe abschneiden sollten.

Andere benachbarte Kommunen wie z.B. Sendenhorst oder Everswinkel verfolgen die o.g. Vorgehensweise schon heute erfolgreich.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in black ink, appearing to read "P. Höl". The signature is written in a cursive style with a large initial "P" and a stylized "Höl".

FWG-Fraktion

Anlage – FOCUS Bericht

Link:

https://www.focus.de/immobilien/bauen/verzoegerungen-und-verteuerungen-staedte-und-gemeinden-finden-kaum-noch-handwerker-fuer-oeffentliche-auftraege_id_8531115.html



Nachrichten > Immobilien > Bauen > Städte und Gemeinden finden kaum noch Handwerker für öffentliche Aufträge

Verzögerungen und Verteuerungen

Städte und Gemeinden finden kaum noch Handwerker für öffentliche Aufträge

100% 100%



Ein Handwerker im Neubauwerk schneidet die Metallstruktur eines Gebäudes im Stadtteil von Schwand (Gymnasium).

Dienstag, 27.02.2018, 11:42

Städte und Gemeinden klagen zunehmend über Schwierigkeiten, Handwerksfirmen für öffentliche Aufträge zu finden, berichtet das ARD-Politikmagazin „Report Mainz“.

„Viele Städte und Gemeinden, die jetzt investieren wollen, stoßen auf dieses Problem, da haben wir große Schwierigkeiten, überhaupt auf die Ausschreibung Angebote zu bekommen“, sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, dem Magazin. „Es sind keine Einzelfälle, es ist ein flächendeckendes Problem, natürlich mit Schwerpunkt in den Ballungsräumen.“

Dies führe in vielen Fällen zu einem Bauverzug und deutlichen Preissteigerungen. Viele Bauprojekte von Städten und Gemeinden, wie etwa der Neubau oder die Sanierung von Schulen oder Kindertagesstätten, verzögerten sich um mehrere Monate oder würden teurer als geplant.

Kompliziertes Vergaberecht schreckt Firmen ab

Hintergrund ist der Bauboom, der vielen Handwerksbetrieben volle Auftragsbücher beschert. Die durchschnittlichen Wartezeiten im Bau- und Ausbaugewerbe betragen laut Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZdH) derzeit bereits zwei bis drei Monate, in Ballungsräumen teilweise noch länger. Viele Firmen können sich derzeit gewissermaßen aussuchen, wo sie ihr Geld verdienen.

Öffentliche Aufträge seien auch wegen des komplizierten Vergaberechts für viele Handwerker nicht attraktiv, beobachtet der Städte- und Gemeindebund. Das bestätigt auch der ZdH: „Die zunehmende Komplexität der Auftragsvergabe hat gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen eine abschreckende Wirkung“, erklärte eine Sprecherin auf Anfrage von „Report Mainz“.

Forderung nach Vereinfachung und Beschleunigung

Der Städte- und Gemeindebund fordert daher für die Phase des Baubooms zeitweise Erleichterungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen - wie dies beispielsweise beim „Konjunkturpaket II“ der Fall gewesen sei. „Wir erwarten von der neuen Bundesregierung und von den Ländern ein Baubeschleunigungs- und Bauplanungsbeschleunigungsgesetz, wo Erleichterungen im Vergaberecht sind, dass wir im größeren Umfang frei vergeben können, ohne ein formales Ausschreibungsverfahren“, erklärte Landsberg gegenüber „Report Mainz“.

„Wir haben einen Investitionsstau von 126 Milliarden Euro nur in den Städten und Gemeinden, im Schwerpunkt bei Bildung, Schule allein 32,8 Milliarden Euro“, sagte Landsberg. Der aktuelle Handwerkermangel verhindere dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur. „Die Leidtragenden sind am Ende die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen“, so Landsberg. Die aktuelle Ausgabe von „Report Mainz“ wird am heutigen Dienstag um 21.45 Uhr in der ARD ausgestrahlt.